

Schweizerzeit-Verwaltungsrat Patrick Walder vor Gericht

Willkür im Talar

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Ein Flüchtling stösst eine Mutter und ihr Kind vor einen Zug. Das Kind stirbt. Die SVP kritisiert daraufhin unsere Flüchtlingspolitik – und wird deshalb vor Gericht gezerrt und vom Richter als rassistisch bezeichnet.



Der Mord auf dem Perron

Es war ein Bild des Schreckens: Ein 40-jähriger eritreischer Asylbewerber stösst am 29. Juli 2019 in Frankfurt eine Mutter und ihren achtjährigen Sohn vor einen einfahrenden Zug. Der Bub stirbt noch auf dem Gleis. Die Tat – willkürlich und grausam – erschüttert ein ganzes Land. Die SVP Zürich reagiert mit einer Medienmitteilung, die sich nicht gegen Eritreer als solche richtet, sondern gegen eine Asylpolitik, die solche Täter ins Land holt und duldet.

Die Anzeige aus der Community

Doch anstatt dass sich die Empörung gegen die Tat richtet, wird die SVP selbst zum Ziel. Unter anderem erstattet ein «Eritreischer Medienbund», der von staatlichen Stellen Geld erhält, Anzeige. Unterstützt wird er von linken Kreisen – und vom SRF. Die Staatsanwaltschaft zögert zuerst, erhebt dann aber sechs Jahre nach der Tat wegen Rassendiskriminierung doch Anklage. Vor dem Bezirksgericht Uster versammeln sich Demonstranten mit Transparenten. Im Gerichtssaal, auf der Anklagebank: Patrick Walder, damaliger Präsident der SVP Zürich, Kantonsrat und Verwaltungsrat der Schweizerzeit.

Wenn Gesinnung wichtiger wird als Recht

Während draussen demonstriert wird, spricht GLP-Richter Mercier sein Urteil: Die Aussage sei grenzwertig, die SVP ohnehin latent rassistisch – so der Tenor seiner Begründung. Die Medienmitteilung sei nicht durch die Meinungsäusserungsfreiheit gedeckt, sondern verstosse gegen die Anti-Rassismus-Strafnorm. Doch da Walder sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung in den Ferien befand, fehlt der konkrete Tatnachweis. Die Folge: Freispruch. Nicht weil unschuldig – sondern weil formell nicht nachweisbar.

Politische Zensurkeule

Die Anti-Rassismus-Strafnorm (Art. 261bis StGB) wurde einst als Schutz gegen Antisemitismus eingeführt, hat sich aber längst zur politischen Zensurkeule entwickelt.

Es geht nicht mehr um den Schutz vor Diskriminierung, sondern darum, unliebsame Meinungen zu kriminalisieren. In Ländern wie Uganda – und zunehmend auch

in der Schweiz – gilt: Es herrscht Redefreiheit, doch keine Freiheit nach der Rede.

Ein Prozess mit klarem Ziel

Für Patrick Walder war der jahrelange Prozess eine enorme Belastung – beruflich, privat, politisch. Die Anklage wirkte abschreckend, und genau das war beabsichtigt. Die Demonstrationen dienten der öffentlichen Diffamierung, nicht dem Rechtsstaat. Dass die Anklage auf wackligen Füßen stand, interessierte niemanden. Es ging nie um Gerechtigkeit, sondern darum, ein Exempel zu statuieren. Auch ein Freispruch hinterlässt Schäden – das ist der Trick bei politischen Verfahren. Zustände wie in der DDR: Jeder darf seine Meinung sagen – muss aber mit den Konsequenzen leben.

Eine Justiz, die das Vertrauen verspielt

Eine Justiz, die mit zweierlei Mass misst, verspielt ihre Glaubwürdigkeit. Wenn Richter parteipolitisch urteilen, wenn Gesinnung wichtiger ist als Beweise, wenn Strafrecht zur ideologischen Waffe wird, dann ist der Gesinnungsstaat nicht mehr fern. Der Fall Walder ist ein Warnsignal: Es genügt nicht mehr, im Recht zu sein – man muss auch politisch auf der «richtigen» Seite stehen. Das hat mit Rechtsstaat nichts mehr zu tun. Das ist Willkür im Talar.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Historiker Thomas Maissen – Liebling aller linken Medien – kritisiert scharf all jene, die Brüssel Selbstherrlichkeit und vorsätzlich-skrupellose Rechtsverletzung vorwerfen. Das damit verbreitete «Bild der Diktatur aus Brüssel» entspringe «ausserpolitischer Undankbarkeit» der EU-Kritiker, lamentiert Maissen.

Ob der Geschichtsprofessor damit allen Ernstes behaupten will, der radikale Bruch aller zum Euro formell beschlossenen Stabilitätsversprechungen an die Bevölkerung und die aus dem schnöden Bruch dieser Versprechungen resultierende Billionen-Verschuldung der EU auf Kosten der von jeglicher Mitsprache ausgeschlossenen Steuerzahler in den EU-Ländern sei rechtskonform erfolgt? Wer so mit geltendem Recht umgeht, findet wahrhaftig für jeden Rechtsbruch eine Ausrede. Glaubt er, auf diese Weise die in der EU grassierende Funktionsherrschaft legitimieren zu können?

us